
Hochuli

Zeit für ein fettes Ausrufezeichen



Erinnern Sie sich, liebe Leserinnen, liebe Leser? Vor zwei Wochen habe ich meine Kolumne mit dem folgenden Ceterum censeo abgeschlossen: «Schauen wir hin, packen wir an, um die Probleme auf dieser Welt zu lösen, statt zu bewirtschaften. Zum Beispiel jenes mit den 50 Millionen Flüchtlingen, die weltweit auf der Flucht sind. Sie haben ein Anrecht darauf, dass wir Kopf, Herz und Hand brauchen, wenn sie an unsere Tür klopfen. Auch wenn es sich um Eritreer handelt.»

Ich hätte das heute auch wieder getan. Weil ich immer noch überzeugt bin, dass wir alle unsere Sinne und Organe einschalten sollten, wenn wir über das Flüchtlingseiland auf dieser Welt reden. Doch es geht aus folgenden Gründen nicht.

Wenn ich als Sozialdirektorin bisher Asylunterkünfte eröffnete, begegnete mir in der Regel rasch die Forderung nach einer «geschlossenen Unterbringung von Asylsuchenden». Ganz abgesehen davon, dass «man» die Menschen bevorzugterweise gar nicht im Land haben möchte.

Zum Glück denkt die Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer anders. Aber es gibt auch solche, die es in der anderen Richtung übertreiben. Die Eidgenössische Kommission für Rassismus hat den Kanton Aargau dafür getadelt, dass es auf dem Areal des Kantonsospitals Baden, wo Asylsuchende derzeit unterirdisch untergebracht werden müssen, Zutrittsbeschränkungen gibt. Das sei diskriminierend und sachlich nicht begründet.

Willkommen in der Realität! kann ich da nur sagen. Es trifft im Grundsatz zwar zu, dass Personen, die Bewegungsfreiheit haben, keinen Einschränkungen in Bezug auf das Begehen von Wegen bzw. auf den Aufenthalt an Orten im öffentlichen Raum unterworfen sind.

Gleichzeitig müssen aber sensible Infrastrukturen wie jene eines Spitals geschützt werden. Nicht vor Asylsuchenden, sondern generell vor grossen Gruppen von Menschen, die den Betrieb potenziell stören könnten. Das ist nicht diskriminierend, sondern sachlich begründet. Das würde man mit einem Pfadilager auch so machen!

Abgesehen davon: Die Regelung wird von den Betroffenen verstanden und respektiert. Die Asylsuchenden sehen wie alle anderen Personen selber, dass sie sich in einem sensiblen Umfeld bewegen.

Ausrufezeichen statt Ceterum censeo!

Susanne Hochuli ist Regierungsrätin der Grünen im Kanton Aargau